



Industrie- und Handelskammern  
in Bayern

# INFORMATIONEN

## FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

**Ihr Ansprechpartner**  
Aaron Gottardi

**Mail**  
aaron.gottardi@muenchen.ihk.de

**Telefon**  
089 5116-2012

**Datum**  
16.07.2019

### **Gößl: „Mehr Effizienz bedeutet weniger Flächenbedarf“**

Wirtschaft für kommunales Flächenmanagement / Gelockertes Anbindegebot beibehalten

München – Bayerns Wirtschaft bewertet das Maßnahmenpaket der Staatsregierung zur Flächenpolitik überwiegend positiv. Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) unterstützt insbesondere den Ansatz, Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten für eine langfristige und effiziente Flächennutzung an die Hand zu geben. „Mehr Effizienz bedeutet weniger Flächenbedarf. Wir stehen zu diesem pragmatischen und lösungsorientierten Vorgehen“, erklärt BIHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl.

Unter anderem begrüßt der BIHK die Vorschläge für regionale Siedungskonzepte und für die Einführung eines Leerstandsmanagements sowie die Bereitschaft, baurechtliche Vorschriften zu ändern. Gößl befürwortet ebenfalls ein besseres Monitoring der Flächennutzung. „Das ist ein erster Schritt hin zu einem Flächenmanagement“, so der BIHK-Hauptgeschäftsführer. In diesem Zusammenhang fordert Gößl von der Staatsregierung auch mehr Anreize zur interkommunalen Zusammenarbeit: „Wir brauchen mehr Abstimmung zwischen benachbarten Kommunen. Hier gibt es viel Potenzial, den vorhandenen Raum gemeinsam besser zu nutzen.“

Im Gegensatz zur Staatsregierung spricht sich der BIHK zudem für die Beibehaltung des gelockerten Anbindegebotes aus. Dieses Instrument sei wichtig, um Nutzungskonflikte zwischen Gewerbe und Wohnen zu reduzieren oder ganz zu vermeiden. „In Bayern muss es auch Platz für verkehrs- und emissionsintensive Betriebe geben. Diese vertragen sich aber meist nicht mit Wohnbebauung, weshalb es sinnvoll sein kann, solches Gewerbe in Zukunft weiter außerhalb der Ortschaften anzusiedeln“, ist Gößl überzeugt.

Fällt die aktuelle Regelung, würden diese Betriebe nur mehr sehr eingeschränkte Möglichkeiten zur Veränderung haben. Davon betroffen wären ebenfalls Kommunen, die bereits aufgrund der Topografie in ihren Ortskernen nur sehr eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten haben.

Gößl macht sich weiter stark für einen intensiven Dialog mit der Staatsregierung und anderen Partnern. „Bürger, Kommunen, Politik und Wirtschaft sind alle gemeinsam gefragt, wenn es darum geht, praktikable Ansätze und Lösungen für eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Flächenpolitik zu finden. Die Bedürfnisse von Städten und Gemeinden bei Wohnen, Infrastruktur, Freizeit und Gewerbe dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden“, so der BIHK-Hauptgeschäftsführer. Laut Bayerischen Landesamt für Statistik sind 88 Prozent der Fläche des Freistaats Wälder, Äcker, Naturland und Gewässer. Gewerbe, Industrie und Handel nehmen nur ein Prozent der Gesamtfläche in Anspruch. Einen deutlich größeren Anteil hat mit drei Prozent der Wohnbau.